

Im Rauch der Brandsätze.

Der Asylant als Figur der deutschen Nachkriegsgeschichte

Ulrich Herbert

Montreal 22.5.2009

Ausländische Arbeiter gab es in Deutschland schon seit den 1880er Jahren, mit dem Höhepunkt der Rekrutierung von insgesamt mehr als 10 Millionen Ausländern, die während des Zweiten Weltkrieges aus den von Deutschland besetzten Ländern überwiegend zwangsweise von den Nazi-Behörden ins Reich zum Arbeitseinsatz gebracht worden waren.

Als aber nur etwa 15 Jahre nach dem Kriege, um das Jahr 1960 herum, die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik wie in den meisten west- und nordeuropäischen Industriestaaten wieder einsetzte, wurde an die Traditionen der Zwangsarbeit ebenso wenig gedacht, wie an die Migrationsbewegungen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Die erneute Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften begann vielmehr unter der Suggestion der Voraussetzungslosigkeit, und zwar in dem Moment, als der Zustrom der Flüchtlinge aus der DDR mit dem Bau der Berliner „Mauer“ im August 1961 jäh unterbrochen wurde. Ausländer schienen für die dynamisch wachsende Wirtschaft Westdeutschlands erneut unentbehrlich und wurden durch Anwerbungskampagnen hierher gelockt.

Dabei wurde wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass der Aufenthalt der Arbeitsmigranten in den europäischen Industrieländern auf ein paar Jahre beschränkt bliebe; dass sich aus der Ausländerbeschäftigung längerfristige Folgeprobleme ergeben könnten, wurde in den frühen 60er Jahren nicht thematisiert. Schon der sich in Westdeutschland einbürgernde Name „Gastarbeiter“ verwies auf diese Intentionen. In der Tradition der Zivilisierungsmission des weißen Mannes gegenüber den unterentwickelten Völkern in den Kolonien wurde die Anwerbung der Ausländer aus Südeuropa sogar als Maßnahme der kulturellen Hebung gefeiert oder, wie vom westdeutschen Arbeitsminister Blank, als „ein Stück Entwicklungshilfe für die südeuropäischen Länder“.

Anfang der 70er Jahre aber machte sich bei den Arbeitsmarktexperten in West-Deutschland eine deutliche Unruhe breit, die ihren Grund in einer neuen, für sie ganz

überraschenden Entwicklung hatte: Die Zahl der Rückkehrer sank, die der nachgeholtten Familien der „Gastarbeiter“ stieg. Viele von ihnen waren das Leben in Barackenlagern leid und sahen sich nach richtigen Wohnungen um - alles deutete darauf, dass diese Menschen nun offenbar vorzuziehen schienen, für länger hierzubleiben, wenn nicht gar - *horribile dictu* - für immer!

Daraufhin erließ die Regierung Brandt im Windschatten des „Ölboykotts“ der OPEC-Staaten von 1973 einen Anwerbestop, um den weiteren Zuzug von „Gastarbeitern“ zu begrenzen; ähnliche Bestimmungen traten dann in den meisten westeuropäischen Ländern in Kraft. Allerdings erwies sich das vornehmliche Kalkül der Initiatoren des „Ausländer-Zuzugstops“ als falsch. Die Zahlen der in den Aufnahmeländern lebenden Ausländer verminderten sich nicht, sondern begannen nach einiger Zeit sogar wieder zu steigen. Binnen weniger Jahre erwies sich die Vorstellung vom bald wieder rückkehrenden „Gast-Arbeiter als Schimäre: Aus den Arbeitsemigranten waren Einwanderer geworden – ein Prozess, den wir bei den meisten Arbeitsmigrationsbewegungen der Neuzeit beobachten können: Einwanderungsprozesse entstehen in der überwiegenden Zahl der Fälle aus Saison- oder Wanderarbeit; der ursprünglich starke Rückkehrwunsch verblasst mit der Zeit, ohne dass damit bereits ein bewusster Entschluss der Einzelnen verbunden sein muss, nun auf Dauer hier zu bleiben.

Für diese neue Problematik besaßen die Behörden der Aufnahmeländer jedoch keine einschlägigen Handlungsmodelle außer dem Versuch, die Zahl der Ausländer wieder zu senken. Weiterhin und bis in die späten 90er Jahre galt jedoch das Postulat „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Zwar gab es eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Ausländer, sie basierten aber weiterhin auf der Annahme des nur vorübergehenden Aufenthalts der Ausländer und sahen eine auch staatsbürgerliche Integration nicht vor.

Zudem entstanden nun in West-Deutschland wie in den meisten westeuropäischen Ländern bei der alteingesessenen Bevölkerung verstärkt Ängste und Ablehnung gegenüber den Zuwanderern, und zwar vor allem bei den sozial schwachen Gruppen unter den Einheimischen, die von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst besonders betroffen waren. Hier entstand auch ein Potential für xenophobe und nationalistische Tendenzen, deren Stärke sich in den einzelnen Ländern jedoch unterschied und zudem stark schwankte.

Zugleich aber begannen sich in diesen Jahren um 1980 herum die migratorischen Prozesse weltweit grundlegend zu wandeln; dabei überlappten sich zwei verschiedene historische Entwicklungen:

Erstens war die Einwanderung von überwiegend ungelerten Arbeitern für industrielle Massenfertigung in den 1960er und frühen 70er Jahren Ausdruck der industriellen Rekonstruktionsperiode zwischen 1950 und 1975. Durch die immer weitere Verlagerung von industrieller Massenfertigung in Billiglohnländer und den schroffen Rückbau der montanindustriellen Kapazitäten seit Mitte der 70er Jahre wurde der Gastarbeiter im Stahlwerk, im Bergbau oder bei der Autoindustrie plötzlich zum Auslaufmodell und zum Konkurrenten um die sich stetig verringernde Zahl an Arbeitsplätzen für Angelernte und gering Qualifizierte.

Zweitens war die Phase des innereuropäischen Arbeitskräfteaustauschs, deren Signum in der Bundesrepublik die „Gastarbeiter“ waren, an ihr Ende gelangt. Die volkswirtschaftlichen Entwicklungen der europäischen Staaten begannen sich einander anzunähern. Durch die Entwicklung hin zu einem europäischen Binnenmarkt, die bis Ende der 80er Jahre vollendet wurde, wurden auch für den Arbeitsmarkt nicht mehr die Begrenzungen der einzelnen Nationalstaaten, sondern die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft entscheidend. In der Politik wurde mithin nicht länger die Dichotomie Inländer-Ausländer, sondern EG-Inländer / EG-Ausländer bestimmend.

Drittens begannen sich die armutsmotivierten Massenwanderungen in der „Dritten Welt“, die traditionell eher regional ausgerichtet gewesen waren, seit den späten 70er Jahren zunächst allmählich, seit den frühen 80er Jahren dann in stark zunehmendem Maße zu überregionalen und transnationalen Wanderungsprozessen auszuweiten, und zwar zum einen durch die sich verschärfenden Unterschiede zwischen den reichen und den armen Regionen der Welt, zweitens durch den leichteren Zugang zu Informationen über diesen Zustand und drittens durch die verbesserten Transportwege. In allen westeuropäischen Ländern, nicht anders in den USA, nahm der „Wanderungsdruck“ aus den ärmeren Regionen der Welt daraufhin zu.

In dieser Situation suchten die in die Industrieländer drängenden Migranten, nachdem in den 1970er Jahren überall Zuwanderungsbegrenzungen errichtet worden wa-

ren, neue Wege der Zuwanderung und fanden sie unter anderem im europäischen, insbesondere im deutschen Asylverfahren.

Nun hatte das Asylrecht zumal in Deutschland seine eigene Geschichte. Es war 1949 ins Grundgesetz aufgenommen worden – als Referenz an die nach 1933 vor den Nazis flüchtenden jüdischen und nichtjüdischen Deutschen, die überall in der Welt Aufnahme und Asyl suchten und so selten fanden. Fortan, so die feste Überzeugung im Parlamentarischen Rat, sollte Deutschland in seiner westlichen Schrumpfform für die von Diktaturen Verfolgten eine sichere Heimstätte sein. Dieser Grundgesetzartikel war einschränkungslos und nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament zu verändern.

Tatsächlich aber hatte das Asylrecht bis in die 1980er Jahre hinein nur eine sehr geringe Rolle gespielt. Es wurde im Kalten Krieg nahezu ausschließlich für Flüchtlinge aus dem Ostblock angewandt, von denen im Durchschnitt jährlich zwei- bis dreitausend in die Bundesrepublik kamen, hier hohes Ansehen genossen und deren Antrag auf Asyl zu fast 80 Prozent auch anerkannt wurde.

Im Laufe der 80er Jahre aber nutzte nun eine steigende Zahl von Migranten diesen Weg, um nach Deutschland zu kommen. Ähnliches vollzog sich, wenn auch in weit geringerem Maße, in allen westeuropäischen Ländern. Dafür gab es neben den beschriebenen allgemeinen Ursachen auch solche mit aktuellem politischem Hintergrund: Die Machtübernahme des islamistischen Regimes im Iran, der Bürgerkrieg im Libanon, der Militärputsch in der Türkei führten zu großen Fluchtbewegungen und der Anteil von Asylbewerbern gerade aus diesen Ländern nahm drastisch zu. Als die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik im Jahre 1986 erstmals auf über 100.000 stieg, setzte eine heftige Diskussion ein, wie man dieser unerwünschten Zuwanderung Herr werden könne. Diese Debatte nahm bald scharfe, sogar hysterische Töne an und sollte nun für fast zehn Jahre zu einem der beherrschenden Themen der bundes- dann gesamtdeutschen Innenpolitik werden.

Stärker noch als die Umstürze in der Türkei und im nahen Osten wirkte sich der sich andeutende Zusammenbruch der kommunistischen Länder im Machtbereich der Sowjetunion aus. Die Zahl der „Ostflüchtlinge“ stieg seit 1980 zusehends. Kamen 1986 noch 16% der Asylsuchenden aus Osteuropa, so waren es 1992, dem Jahr mit der höchsten Zahl der Asylbewerber mehr als 65 %. Nun waren 100.000 Asylbewerber angesichts der etwa 4,5 Millionen Ausländer in Deutschland (1986) im Grunde

eine unbeachtliche Größenordnung. Daran band sich jedoch tief sitzende Furcht vor der Überflutung Europas und vor allem Deutschlands durch Millionen von Flüchtlingen aus der Sowjetunion und ihren Trabanten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Asylparagraph ursprünglich ja genau für diese Gruppe eingerichtet worden war, nämlich für Menschen, die vor den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den kommunistischen Ländern nach Westen flohen. Dennoch wurden nicht Russen, Polen und Tschechen zu Symbolfiguren des „Asylanten“, der nun als neue Figur der deutschen Nachkriegsgeschichte eine zeitweise prominente Rolle einnahm, sondern Schwarzafrikaner, Araber und bald auch Vietnamesen, obwohl die nur einen verschwindenden Teil der Asylbewerber ausmachten.

Nun war ersichtlich, dass eine unregelmäßige Zuwanderung über den Asylparagraphen für die westeuropäischen Länder nicht hinnehmbar war, vor allem nicht für die Bundesrepublik, wohin drei Viertel der nach Westeuropa strömenden Flüchtlinge zogen – und zwar sowohl aus wirtschaftlichen wie aus sozialen Gründen. Eine Änderung des Asylparagraphen war jedoch nur mit einer Dreiviertelmehrheit im Parlament zu verändern und bedurfte mithin der Zustimmung der Sozialdemokraten. Die aber waren im Zwiespalt: Einerseits wurden sie von ihrer Basis in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften stark unter Druck gesetzt, die weitere Zuwanderung über das Asylverfahren zu beenden. Andererseits waren gerade die Sozialdemokraten, von denen viele ja selbst aus Nazideutschland vertrieben worden waren und in Europa oder den USA um Asyl hatten nachsuchen müssen, Befürworter eines weiten Asylrechts. Und drittens entwickelten die linksbürgerlichen Grünen eine Gegenkampagne mit der Forderung: Bleiberecht für alle!, was zwar weder realistisch noch wünschbar war, aber dafür radikalmoralisch klang und die SPD ebenfalls unter Druck setzte.

Durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung nahm dieses Thema nun dramatische Ausmaße an, zumal die Forderung nach Änderung des Asylparagraphen die Bewerberzahlen weiter hochschnellen ließ, bis sie 1992 mit 438.000 ihren Höhepunkt erreichten.

Die Union versuchte nun, diese Frage zum Gegenstand des Bundestagswahlkampfes 1990, des ersten nach der Wiedervereinigung, zu machen, um die SPD durch den Druck von Öffentlichkeit und Straße zum Einlenken zu zwingen. Der „Asylant“ wurde nun zum Gegenstand einer der schärfsten und polemischsten Kampagnen in der Geschichte der Bundesrepublik.

„Wahre Massen an Asylbewerbern und Aussiedlern – vor allem aus Osteuropa – fluten nach Deutschland“, schrieb 1992 die Bild-Zeitung: „Aus ursprünglichem Mitgefühl wurde Verunsicherung und Zorn....Was wird, wenn Gorbatschow die Grenzen öffnet und 8 bis 10 Millionen Russen kommen? Ist unser Wohlstand in Gefahr?“ Noch könnten die Grenzen auch ohne Bundeswehr geschützt werden. „Aber was nicht ist, kann noch werden. Wenn wir verhindern wollen, dass die Bundeswehr eingreift, muss die Politik handeln. Sofort!“¹

„Mit orientalischer Leidenschaft“, las man dort im November 1990, breiten Ausländer weitschweifige Lügenmärchen von angeblicher Verfolgung aus. Wer sich darüber empört, wird schnell als Rassist und Faschist abgestempelt – und schweigt künftig.“² Der Unionspolitiker Abelein erklärte: „Wenn es zu einem Umsturz kommt in irgendeinem Land Afrikas, dann wird der Mehrheits-Stamm, der an die Regierung gekommen ist oder der eben an die Macht gekommen ist, den anderen Stamm massakrieren. Hier handelt es sich um Millionen von Menschen. Nun frage ich: Ist es die Absicht, jenen die Möglichkeit zu geben, juristisch gerichtlich einklagbar, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen?“³

Mittlerweile hatte sich die Asylkampagne verselbständigt. Boulevard und Straße regierten die Politik. Kein anderes Thema, so zeigten die Umfragen, bewegte die Deutschen so sehr wie die Asylproblematik. Von Juni 1991 bis Juli 1993 war danach das Thema „Asyl/Ausländer“ das wichtigste Problem weit vor der deutschen Einheit und der Arbeitslosigkeit – mit Spitzenwerten von nahe 80% im Sommer 1991 und Sommer 1992.⁴

Zugleich nahmen Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft zu. Insbesondere bei der ostdeutschen Bevölkerung stießen Ausländer generell, Asylbewerber insbesondere auf verbreitete Ablehnung. „Rund 40% der jungen Ostdeutschen empfinden Ausländer zumindest als ‚lästig‘...Jeder vierte hält sogar ‚Aktionen gegen Ausländer‘ für richtig“, berichtete der Spiegel im Sommer 1991.⁵

Nun setzten auch die ersten ausländerfeindlichen Exzesse ein. Als im April 1991 die deutsch-polnische Grenze geöffnet wurde, empfingen hunderte von Jugendlichen in Frankfurt an der Oder die einreisenden Polen mit einem Steinhagel. Vom 17. September an belagerten im sächsischen Hoyerswerda einige hundert Jugendliche über mehrere Tage hinweg ein Wohnheim für Ausländer, in dem Asylbewerber und ehemalige Vertragsarbeiter wohnten, bewarfen es mit Steinen und Brandsätzen und versuchten es zu stürmen. Als Polizeieinheiten das Gebäude beschützten, wurden sie

ebenfalls mit Brandflaschen und Stahlkugeln beworfen. Schließlich kapitulierte die Polizei vor dem Mob und evakuierte die in den Wohnheimen lebenden Menschen mit Bussen. All dies geschah unter regem Anteil von explizit sympathisierenden Zuschauern aller Altersgruppen.

Allein in den 14 Tagen nach diesen Ausschreitungen wurden solche Vorfälle in mehr als 30 Städten und Dörfern gemeldet. Im Oktober 1991 wurden in dem niederrheinischen Ort Hünxe vier libanesische Flüchtlingskinder nach einem Brandanschlag mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus eingeliefert.⁶ In Greifswald griffen mehr als 200 Hooligans nach einem Fußballspiel ein Asylbewerberheim an, dabei wurden 35 Menschen zum Teil schwer verletzt. Die Zahl der Übergriffe auf Ausländer stieg bis auf 78 an einem einzigen Tag.⁷

Im Vordergrund stand dabei zweifellos die Angst vor sozialem Abstieg in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit, die dazu führte, in Ausländern generell, in den Aussiedlern und Asylbewerbern im Besonderen, eine bedrohliche Konkurrenz zu sehen. Nationalistische Parolen waren insofern vor allem als Versuch der ideologischen Überhöhung dieser sozialen Ausgangssituation zu verstehen und als Versuch, die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie bei der Anwartschaft auf staatliche Sozialleistungen durch den Angriff auf jene Gruppen zu vermindern, deren Ansprüche am ehesten als angreifbar erschienen. Dabei wurde auch deutlich, dass das verbreitete Gefühl von Benachteiligung und Schlechterstellung gegenüber den Westdeutschen, das sich in Ostdeutschland herausgebildet hat, in den Ausländern gewissermaßen ein Ersatzziel gefunden hatte.

Die fremdenfeindliche Bewegung der frühen neunziger Jahre war jedoch keine selbstgesteuerte Bewegung; sie hatte eines Anstoßes von außen bedurft. Hier liegt die Bedeutung der Asylkampagne der frühen 90er Jahre, die in einer denkbar zugespitzten Umbruchsituation ein klares Feindbild bot und durch die sich ständig überbietende Tonlage einen Enthemmungsprozess in Gang setzte, der sich dann rasch dynamisierte. „Das Grundgesetz wird anscheinend dann erst geändert“, betonte etwa der bayerische Innenminister Stoiber, „wenn den Altvorderen in Bonn, die bar jeglicher praktischen Erfahrung sind, einmal das Feuer unterm Hintern von ihren eigenen Leuten angezündet wird.“⁸

Da aber nach wie vor die Änderung des Asylparagraphen umstritten war, wurde die Asylkampagne weiter forciert, und ebenso setzten auch die Gewalttaten gegen Asyl-

bewerber wieder ein. Ihren Höhepunkt fanden die Ausschreitungen in einem mehrtägigen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, als zeitweise mehr als 1.000 Jugendliche versuchten, ein von der Polizei nur notdürftig gesichertes Wohnheim für Ausländer und Asylbewerber zu stürmen. Sie steckten das Haus, in dem sich zahlreiche Ausländer, vor allem Vietnamesen, befanden, in Brand, während die Menge „Aufhängen!“ rief.

Angesichts der entsetzten Reaktionen weltweit schrieb die Bild-Zeitung zwei Tage danach: „Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein! Asylanten jetzt auf Schulhöfe. Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 400.000“; „Wohnraum beschlagnahmt. Familie muss Asylanten aufnehmen“ – so die Schlagzeilen einer einzigen Woche.⁹

Einen Tag später steckten zwei Jugendliche ein von Türken bewohntes Haus im schleswig-holsteinischen Mölln in Brand. Drei Bewohner, eine Frau und zwei Mädchen, verbrannten – der bis dahin schrecklichste und folgenreichste Anschlag gegen Ausländer in Deutschland nach dem Kriege, der in Deutschland fassungsloses Entsetzen hervorrief.¹⁰ „Es wird der deutschen Regierung und Helmut Kohl schwerfallen“, schrieb die israelische Tageszeitung Ha'aretz, „sich von dem Verdacht reinzuwaschen, dass sie die Gewaltwelle gegen Ausländer aus einem ganz bestimmten Grund nicht stoppten: In der Hoffnung, die sich sträubende sozialdemokratische Opposition im Bundestag für die Abschaffung des Artikels 16 zu mobilisieren.“¹¹

Die Folge des Anschlags von Mölln war eine Phase vollständiger politischer Konfusion. Weitere Anschläge folgten. Überall im Lande gab es Massendemonstrationen, Licherketten, Aufrufe und Protestveranstaltungen. Die Licherketten wurden zum Symbol der zivilen Gegenwehr und trugen dazu bei, potentiellen Tätern das Gefühl der Übereinstimmung mit dem Trend zu nehmen. In der FAZ, der führenden deutschen Tageszeitung allerdings wurden die Proteste gegen die Übergriffe auf Ausländer allerdings mit den Nürnberger Parteitag der Nazis verglichen. Sie wirkten „einheitsstiftend, endlich war Gelegenheit zu einem großen Gefühl und Gemeinschaftserlebnis“. Die sich in den Licherketten entladende Empörung solle dazu dienen, „den Deutschen Zwang aufzuerlegen, den Zwang zu fortgesetzter Aufnahme.“¹²

Insgesamt fielen den ausländerfeindlichen Ausschreitungen zwischen 1989 und 1996 102 Menschen zum Opfer.

Im Mai 1993 wurde schließlich der Asylparagraph geändert. Politisches Asyl konnte seither nur noch erlangen, wer mit dem Flugzeug nach Deutschland kam. Um auch dieses Loch zu stopfen, wurde innerhalb des Frankfurter Flughafens ein extraterrito-

riales Gelände geschaffen, in dem Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihren Antrag zu bleiben hatten. Damit war Deutschland gegenüber Zuwanderung auf dem Asylweg praktisch abgeriegelt. Durch die Vereinbarungen von Schengen wurde dies auf den gesamten EU-Raum ausgedehnt.

Im Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen aber hat die Asylkampagne zwischen 1988 und 1993 tiefe Spuren hinterlassen: bei den Deutschen, auch bei vielen Politikern, die schauernde Erkenntnis oder doch Vermutung, dass unter der mittlerweile für tragend gehaltenen Eisdecke von Zivilisation und Liberalisierung nach wie vor ein Sumpf der Xenophobie und Gewaltbereitschaft existierte und dass es bei entsprechenden Anlässen und bei Unterstützung von oben leicht möglich war, diese Eisdecke zu sprengen. Allerdings war das offenbar kein Privileg der Deutschen allein, denn die xenophoben Eruptionen etwa in Großbritannien zur gleichen Zeit waren nicht weniger heftig, und Ähnliches zeigte sich in Frankreich oder Italien.

Auf der anderen Seite realisierten in diesen Monaten und Jahren selbst alteingesessene „Gastarbeiter“-Familien, dass sie in diesem Land jedenfalls bei erheblichen Teilen der deutschen Gesellschaft auf Ablehnung stießen. Vor allem in der jungen Generation verstärkte sich nun die kulturelle Distanz gegenüber der Mehrheitsgesellschaft in raschem Tempo. Auch die Sozialstatistik zeigt dies an: Bei Türken und den klassischen Flüchtlingsgruppen – Libanesen, Kurden, Tamilen, Iranern – zeigen die klassischen Integrationsindikatorenintegration seit Mitte der 90er Jahre nach unten.

Im Jahre 2005 allerdings setzte in der Bundesrepublik eine Diskussion ein, die in zunehmender Empörung auf die Tendenzen ausländischer Jugendlicher, vor allem Türken und Araber, hinwies, sich nicht mehr integrieren zu wollen, die Traditionen ihrer Herkunftsländer zu propagieren und gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft ein feindseliges Verhalten an den Tag zu legen. Dass diese unbezweifelbaren Tendenzen allerdings etwas mit der Politik der Brandsätze in den frühen 90er Jahren zu tun haben könnte, wurde nicht thematisiert. In der neueren deutschen Historiographie hingegen, etwa bei Wehler, der den Rückzug „alphabetischer Anatolier“ in großstädtische Ghettos beklagt, die als Einfallstor des islamischen Fundamentalismus dienten, werden die Ereignisse von Hoyerswerda, Hünxe und Solingen gar nicht mehr erwähnt oder wenn, dann als Beleg für die zunehmenden Integrationsprobleme der Ausländer in diesem Lande.

Zweifellos, und damit will ich schließen, war die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes notwendig, ebenso wie die Schließung des Schengen-Raums für Zuwanderer - notwendig für die Stabilität der europäischen Gesellschaften, das soll

man nicht gering schätzen. An der migrationspolitischen Lage in Europa und weltweit aber hat das nichts verändert – die Zahl der Flüchtlinge weltweit hat sich seit 1995 um etwa die Hälfte vergrößert; sie werden aber in den industriellen Zentren der Welt nicht mehr direkt wahrgenommen.

Ab und zu aber tritt uns der Asylant noch direkt entgegen, an den Stränden von Teneriffa etwa oder in Lampedusa, meist aber schon in ertrunkenem Zustand.

¹ „Die Asylanten-Katastrophe. Morgen auch bei uns?“, Bild-Zeitung, 14.8.1991.

² „Asylanten in Hamburg – wohin?“, Bild-Zeitung Hamburg, 6.-15.11.1990. Vgl. Angerer, Fremdenfeindlichkeit und Feindbilder in Printmedien, in: Gericke (Hg.), Das Ende der Gemütlichkeit; Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, SchlagZeilen.

³ Auszug aus einer Debatte in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, in: Der Spiegel, 22.9.1986, „Ich empfehle, maßvoll zu sein“; vgl. FAZ v. 28.9.1985, „Die Kurve der Asylbewerber steigt“; 3.10.1985, „Bonn tut sich ‚ein bisschen schwer‘“.

⁴ Roth, Dieter, Was bewegt die Wähler?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/1994 v. 18.3.1994.

⁵ Der Spiegel, 9.9.1991, „Soldaten an die Grenzen“.

⁶ Vgl. „Häßliche Details einer Brandnacht“, SZ 25.5.1992.

⁷ SZ (H. Prantl), „Parteitaktisches Lavieren im Rauch der Brandsätze“, 10. November 1991.

⁸ Der Spiegel, 45/1990, „Wettrennen in Schäbigkeit. Burkhard Hirsch (FDP) und Edmund Stoiber (CSU) über das Asylrecht“.

⁹ Bild-Zeitung, 28.10., 1., 3. und 8.9.1992.

¹⁰ Vgl. Kahl, Das Verfahren vor dem Oberlandesgericht Schleswig; Nachbarn und Mörder, Rostock, Mölln, Solingen.

¹¹ „Pöbel auf den Straßen“, Ha'aretz, zit. n. SZ, 26.11.1992.

¹² Brigitte Seebacher-Brandt, „Des Guten genug“, FAZ, 28.1.1993; vgl. auch die Ausführungen des Berliner CDU-Politikers Lummer, der darauf hinwies, daß in Großbritannien mehr Ausländer erschlagen würden als in Deutschland; dort gebe es aber keine „Lichterketten, Schäm-Orgien und öffentlich-rechtliche Volkspädagogik nach dem Motto ‚Seid nett zu Ausländern‘“ („Verbreiteter britischer Alltagsrassismus“, FAZ, 19.2.1993); vgl. auch „Jeder streichelt seinen Bimbo“, Der Spiegel, 6.1.1992.